

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentage 4—8 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstag

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilseite oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeitung anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 27. Juni 1928

Nummer 148

## Vor dem Abschluß des Koalitionsschachers

### Eine offene Regierung des Trustkapitals

### Das „Kabinett der Persönlichkeiten“

Berlin, 27. Juni. (Eig. Drahtmeldung)

Heute, am 17. Tage, soll der Koalitionsschacher Hermann Müller mit der Großen Koalition endlich zu Ende gehen. Im Laufe des gestrigen Tages hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits eine Erklärung abgegeben, wonach die Regierungsbildung bis gestern abend unbedingt abgeschlossen werden sollte. Hermann Müller hatte bereits einen Besuch bei Hindenburg für gestern abend angemeldet. Die Fraktionsführungen der bürgerlichen Parteien verzögerten sich jedoch. Die Sitzung des Zentrums, die die endgültigen Beschlüsse fassen sollte, dauerte bis zum Nachmittag. Das Zentrum verzichtete auf das Justizministerium, das jetzt vom Sozialdemokraten Sängler befehligt werden soll. Dr. Brauns soll weiterhin das Reichsarbeitsministerium behalten, während von Guérard das Innenministerium übernehmen wird. Der Zentrumsmann Dr. Wirth wird wahrscheinlich das Ministerium für die besetzten Gebiete bekommen. Der Demokrat Dietrich, Baden, wird das Ernährungsministerium erhalten.

Der Reichstagspräsident Lobe beabsichtigt, zur Entgegennahme der Regierungserklärung den Reichstag am Montag dem 2. Juli einzuberufen.

Nach endlosem Zickzack und Kuhhandel sieht das „Kabinett der Persönlichkeiten“, die verkleinerte Große Koalition, seiner Vollendung entgegen. Im Laufe des heutigen Vormittags dürften die letzten personellen Schwierigkeiten und Intrigen der Koalitionsschacher überwunden werden. Nach den Mitteilungen in der gestrigen Abendpresse und den Meldungen die heute morgen von der bürgerlichen Presse veröffentlicht werden, dürfte die neue Regierung wie folgt zusammengesetzt sein:

- Reichsfanzler: Hermann Müller (SPD)
- Außenminister: Stresemann (Volksp.)
- Innenminister v. Guérard (Zentrum)
- Finanzminister: Giffarding (SPD)
- Justizminister: Sängler (SPD)
- Arbeitsminister: Brauns (Zentrum)
- Wirtschaftsminister: Curtius (Volksp.)
- Ernährungsminister: Dietrich, Baden (Demokrat)
- Reisminister: Schaeffl (Wagn. Volksp.)
- Reichswehrminister: Hundstott-Groener
- Besetzte Gebiete: Wirth (Zentrum)
- Verkehrministerium: Schmidt (SPD)

Die Zusammenstellung dieser sauberen Gesellschaft, Verhandlungen in der personellen Zusammenfassung sind durchaus noch möglich, hat Hermann Müller nicht geringe Schwierigkeiten bereitet. Das Ergebnis des Koalitionsschachers ist ein voller Sieg der Bourgeoisie. Ein Blick auf die Zusammenlegung der Ministerliste entlarvt den Schwindel der sozialdemokratischen Presse, die den Arbeitern nach in den letzten Tagen von einem sozialdemokratischen Minderheitskabinett erzählte und mit großer Geste von der „Führung“ der SPD bei der Regierungsbildung sprach. Man rufe sich den Gang der Verhandlungen ins Gedächtnis. Die SPD wollte ihren Wahlerfolg zumindest dem Schein nach einlösen. Für die 152 Mandate sollte die führende Partei der Bourgeoisie, die Volkspartei, wenigstens mit einigen Scheinangehörigen bezahlen. Die SPD wollte die Regierung in Preußen erst im Herbst erweitern, die bürgerlichen Parteien sollten sich damit zufriedengeben und bereits jetzt die Große Koalition im Reich bilden.

Die Volkspartei hat auf die Forderungen Hermann Müllers geantwortet. Die Überlegenheit der bürgerlichen Parteien sollte schon jetzt sofort festgelegt werden. In der Tat, die Volkspartei erreichte ihr Ziel. Man sehe sich nur diesen neuen Vorschlagsausschuss des Trustkapitals, genannt „Kabinett der Persönlichkeiten“, in der die SPD von 11 Ministerien nur 1 befehlt, an. Die Bedeutung dieses Kabinetts geht über die Große Koalition hinaus. Es ist eine der gegenwärtigen Situation durchaus entsprechende Regierungsform der bürgerlichen Demokratie. Das Trustkapital repräsentiert sich in diesem Kabinett nicht vornehmlich durch bürgerliche Parteien, die die einzelnen Minister stellen, sondern gleichsam als distillierte Klassenvertretung durch Kaufmann, die persönlich auftreten, das heißt direkt ihre kapitalistischen Auftraggeber vertreten. Das „Kabinett der Persönlichkeiten“ das sich als „unabhängig“ von den Parteien und Fraktionen darstellt, stellt in Wirklichkeit die vollendete Exekutive der einen Partei, nämlich der des Trustkapitals dar. Selbstverständlich veräußern die sozialdemokratischen Zeitungen, in verständlich verständlicher Weise, diese politische Tatsache. An ihrer gestrigen Spitze erklärt das Blatt des notorischen Arbeiterbetrügers in zweifelhafter Ueberschrift:

Regierung — oder Fraktionsbindung?

und begnügt sich, da es in der Koalitionsfrage selbst nichts zu sagen weiß, mit dem Ausdruck der vom Parteivorstand inspierten Meldungen des SPD-Pressedirektors.

Ueber die großen Schwierigkeiten, die Hermann Müller bei dem Abschluß des Koalitionshandels zu überwinden hatte, informierte die bürgerliche Presse in interessanter Weise. Die täg-

liche Rundschau berichtet zum Beispiel über die Geburtswehen des Kabinetts folgendes:

„Die Beratungen der Zentrumsfraktion gestalteten sich langwieriger, als man es hätte annehmen können. Der Abgeordnete Wirth wohnte der Sitzung während eines großen Teiles des Abends nicht bei, weil sich, wie berichtet wurde, persönliche Differenzen zwischen ihm und einem Teil der Fraktion herausgebildet hätten... Brauns hatte erklärt, daß ihm als dem dienstältesten Reichsminister die Vertretung des Reichsanlagers zustehe, und daher lehnte er den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden des Zentrums den Abgeordneten Wirth als Reichsanlager zu dirigieren, keine Rolle mehr... Wie verlautet, hat der Abgeordnete Hermann Müller wiederholt bezüglich des Verkehrsministeriums verschiedene Persönlichkeiten angeboten“

Ähnlich diskreditiert die völksparteiliche Deutsche Allgemeine Zeitung in ihrer Dienstag-Abendausgabe das Kabinett, dessen Zustandekommen der telegraphischen Erklärung von Stresemann, der damit durch einen „Staatsstreik“ die Sabotage der von Scholz geführten Fraktion der Deutschen Volkspartei erledigte, zu verdanken ist:

## Urteil im Béla-Kun-Prozeß

### Drei Monate strengen Arrest — Ausweisung

Wien, 26. Juni. (Inpreff.-Meldung)

Im Prozeß gegen Béla Kun vor dem Wiener Schöffengericht wurde das Urteil verkündet. Béla Kun wurde wegen verbotener Rückkehr, Falschmeldung und Geheimbündelei zu 3 Monaten strengem Arrest, erkwirbt durch einen Akttag monatlich, und Abschiebung aus Oesterreich verurteilt. Die Unterjuchungshalt wird angerechnet. Die Genossin Breuer wurde zu 1 Monat Arrest, verbüßt durch die Unterjuchungshalt, verurteilt. Weyerhoffer wurde freigesprochen und sofort entlassen. Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil gegen Breuer und Weyerhoffer Berufung eingelegt.

Die bürgerliche Presse hegt gegen den Genossen Béla Kun und die übrigen Angeklagten und bedauert, daß Béla Kun nicht an Ungarn ausgeliefert wird. Wegen der Ablehnung der Auslieferung ist der österreichische Justizminister von seiner Partei ausgeschlossen worden. Er hat seine Demission eingereicht. Der Bundeskanzler Seipel hat sich mit dem Justizminister solidarisch erklärt, ist jedoch nicht zurückgetreten.

Ueber den weiteren Verlauf des Prozesses gegen den Genossen Béla Kun wird uns aus Wien noch gemeldet: Die Anklage bezog sich in der Hauptsache auf Vergehen wegen Geheimbündelei, ein Paragraf des österreichischen Strafgesetzbuches, der Mitte des vorigen Jahres, gegen die Freimaurer erlassen, aber bereits Jahrzehnte vor dem Sturz der Monarchie nicht mehr in Anwendung gekommen ist. Die völlig haltlose Anklageschrift gegen Béla Kun beweist, daß sie nur deshalb eingeleitet wurde, um ihn längere Zeit in Haft halten zu können und um dadurch Zeit für die Auslieferungshandlungen mit Horváth-Ungarn zu gewinnen. Das Landgericht war während des Prozesses von einigen Hundert Polizisten abgesperrt. Jeder Eintretende mußte sich legitimieren und wurde nach Waffen durchsucht. Seit Wochen drohten Beauftragte Horváths mit Attentaten gegen Béla Kun. Vor dem Schwurgerichtssaal fand eine nochmalige Kontrolle statt. Eine neue



Leibesvisitation nach Waffen wurde vorgenommen. Alle Eintrittskarten lauteten auf Namen. Fast alle europäischen Gesandtschaften haben ihre Beobachter geschickt. Die Teilnahme meldet über den weiteren Verlauf des Prozesses: Aus der Anklageschrift, die zu Beginn des Prozesses gegen Béla Kun, Weyerhoffer und die Sekretärin Jona Breuer wegen Geheimbündelei verlesen wurde, geht u. a. hervor, daß Kun trotz seiner bereits im Jahre 1920 erfolgten Abschiebung aus Oesterreich im August und September 1927, also nach den blutigen Juli-Ereignissen, wiederholt in Wien weilte. In der Anklageschrift heißt es dann weiter, daß die ungarische kommunistische Partei nach ihrer Auflösung als geheimes Zentralkomitee weitergeführt wurde. Die eigentliche Tätigkeit oblag einem sogenannten Auslandskomitee, das im Jahre 1927 nach Wien verlegt wurde. Aus verschiedenen Aufzeichnungen und Ausführungen geht hervor, daß in beiden Komitees Béla Kun einen übertragenden Einfluß gehabt habe. Die Tätigkeit des Auslandskomitees in Wien war den Behörden vor Verhaftung Kuns und seiner Gehilfen unbekannt geblieben.

Nach Verlesung der Anklageschrift ereignete sich bereits der erste Zwischenfall, als Béla Kun zu Beginn seines Verhörs erklärte, daß die in der Anklageschrift geführten Urkunden gefälscht seien, eine Behauptung, die der Staatsanwalt als unverschämte Zurückweisung zurückwies. Kun bezeichnet dann den gegen ihn geführten Prozeß als einen politischen Drehprozeß. Als der Vorsitzende bemerkte, daß Kun ja in Rußland hätte bleiben können, erklärte der Angeklagte, er habe aus den Zeitungen erfahren, daß sich in Wien ständig ungarische Polizeibeamte aufhielten und daher gedacht, auch in Wien wollen sie können. Nach Wien sei er gekommen, um in nächster Nähe Ungarns den Widerstand der Kommunisten gegen die Vorbereitungen Ungarns zu einem neuen Kriege zu organisieren.

Im weiteren Verlauf des Béla-Kun-Prozesses verweigerte Béla Kun auf die Frage des Staatsanwalts, wann der letzte Parteitag des Auslandskomitees stattgefunden habe, die Antwort. Die Frage, ob eine Sitzung in Berlin stattgefunden habe, wurde von Béla Kun verneint. Der zweite Angeklagte, Weyerhoffer, erklärte, er habe ursprünglich Béla Kun nicht unter seinem wirklichen Namen gekannt. Die dritte Angeklagte, die Sekretärin Kuns, Jona Breuer, erklärte sich für nicht schuldig. Den falschen Pakt habe ihr ein Freund verschafft. Sie habe den Pakt für echt gehalten. Hierauf wurden die bei den Verhaftungen beschlagnahmten Schriftstücke verlesen.

Die Regierungsbildung hatte heute vormittag nur einen einzigen Fortschritt zu verzeichnen, der Demokrat Dietrich, Baden, erklärte sich zur Übernahme des Ernährungsministeriums bereit. Im übrigen war man nicht weitergekommen wegen endloser Verhandlungen des Zentrums. Infolge stundenlangen Verhandels über das „Problem Wirth“ (Wirth hat starke Gegnerschaft seiner Partei, vor allem des bürgerlichen Zentrums, gegen sich und dürfte deshalb nicht Bischof werden, worauf ihm unter anderem das Verkehrsministerium angeboten wurde, was er aber ablehnte) ist auch noch keine Klarheit hinsichtlich der Besetzung der beiden anderen Ministerien geschaffen, die dem Zentrum zufallen sollen. Müller-Franken mußte für seine Besprechungen mit den Parteiführern Stunde um Stunde warten.